

Die Einladung an Rußland

Die „Zweitsija“ erklärt die französisch-englischen Vorbehalte für unverbindlich

Russische Bedingungen?

Moskau, 27. August.

Der französische Botschafter Herbet überreichte heute im Auftrag der französischen Regierung dem stellvertretenden Vizekonsul für auswärtige Angelegenheiten Litwinow die offizielle Einladung an die Sowjetregierung, dem Kellogg-Pakt beizutreten. In Auftrag seiner Regierung teilte der Botschafter mit, daß der Beitritt zu dem Pakt dieselben Bedingungen und Vorrechte voraussetze, die von den Mächten, die den Pakt heute in Paris unterzeichnet haben, anerkannt worden seien. Zugleich überreichte Herbet dem stellvertretenden Vizekonsul eine Abschrift des heute unterzeichneten Paktes.

Litwinow hat den Botschafter, ihm ein Verzeichnis aller Regierungen zu übermitteln, denen eine analoge Aufforderung zugegangen sei, und ersuchte ferner um Einsicht in die gesamten Dokumente, die sich auf die diplomatische Korrespondenz über den Kellogg-Pakt beziehen, da diese Informationen der Sowjetregierung bei der Beurteilung der von dem französischen Botschafter überreichten Einladung unerlässlich seien.

Moskau, 28. August.

„Zweitsija“ bespricht die vom französischen Botschafter Herbet überreichte Aufforderung an die Sowjetunion, am Kellogg-Pakt teilzunehmen. Das Blatt betont, dieser Schritt, so unangenehm er auch einigen der 15 ersten Teilnehmer wäre, sei doch durch die Reimungsäußerungen erzwungen worden, welche in der europäischen und der amerikanischen Öffentlichkeit durch die Erklärung der Sowjetregierung, daß der Pakt ohne die Sowjetunion einen Stachel gegen die Sowjetunion enthalten könne, hervorgerufen worden sei. „Zweitsija“ betont, daß das gleichzeitige Inkrafttreten des Paktes sowohl für die 15 Signatarmächte als auch für die später Beitretenden die ersten der Freiheit eines agnostischen Vorgehens gegen den Staat, der an der Zeremonie am 27. August nicht teilnahm, beraubt.

Unter dem Hinweis darauf, daß Paris nur den Grundtext des Paktes unterzeichnete und derselbe Text vom französischen Botschafter der Sowjetregierung zur Kenntnisnahme übergeben wurde, schreibt das Blatt:

„Auf diese Weise besitzen die Klauseln der englischen und französischen Regierung sowie die Klauseln, die jeder der dem Pakt beitretenden Staaten hinzufügen kann, keine bindende Kraft für andere Teilnehmer, was die Verpflichtung des Paktes sehr dehnbar und unbestimmt macht.“

Eine Abjage Litwinows in Genf

Romano, 28. August.

Wie aus Moskau gemeldet wird, hat Litwinow als Antwort auf eine Anfrage aus Genf wegen Beteiligung Rußlands an der zweiten Tagung der Sonderkommission des Völkerbundes für private Waffenherstellung an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm geschickt, in dem es u. a. heißt: Die Sowjetabordnung für die vorbereitende Abrüstungskonferenz habe früher zur Sicherung des Friedens einen Entwurf für eine vollständige Abrüstung eingereicht, der aber abgelehnt worden sei. Daraufhin habe sie einen zweiten Entwurf unterbreitet, der eine teilweise Abrüstung vorsehe. Die Behandlung dieses Entwurfs sei immer wieder hinausgeschoben worden. Die Sowjetregierung sei deshalb der Ansicht, daß seitens des Völkerbundes und seiner Organe nichts für die wirkliche Abrüstung getan werde und daß die Behandlung der Abrüstungsfrage durch den Völkerbund die öffentliche Meinung nur zu Irrtümern und Illusionen führe. Aus diesem Grunde halte es die Sowjetregierung für unmöglich, sich weiter an der Sonderkommission für die Kontrolle der gesamten Waffenproduktion zu beteiligen. Demgegenüber sei die Sowjetregierung aber bereit, sich an der Ausarbeitung solcher Entwürfe zu beteiligen, die eine wirkliche Durchführung der Abrüstung garantierten.

Die ersten Beitrittserklärungen

Paris, 28. August.

„Matin“ berichtet, daß von den Nationen, die gestern nach der Unterzeichnung des Kellogg-Paktes aufgefordert worden sind, auch ihrerseits dem Pakt beizutreten, bereits vier Länder telegraphisch ihre Zustimmung erteilt haben. Es sind dies Dänemark, Schweden, Rumänien und Peru.

London, 28. August.

„Times“ berichtet aus Konstantinopel: Es ist zur Zeit noch nicht sicher, ob die Türkei dem Friedenspakt beitreten wird. Der Pakt wird warm begrüßt, als die realistischen Türken erwarten nicht, daß er Kriege verhindern wird. Der türkische Außenminister wird nach Prüfung des Paktes wahrscheinlich einige asiatische Mächte, besonders Persien, Afghanistan und auch die Sowjetunion zu Rat ziehen, bevor die Regierung sich über ihren Beitritt entscheidet.

Reichsbahn und „D. A. Z.“

Die „D. A. Z.“ wies heute von einer interessanten Verbindung zu berichten, die seit geraumer Zeit zwischen der Reichsbahn-Gesellschaft und der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ besteht. Sie schreibt:

„Dieses Blatt hat in den letzten Jahren ein wechselvolles Schicksal gehabt. Nach dem Zusammenbruch des Stimmens-Kongress, zu dem die „D. A. Z.“ gehörte, hat die preussische und dann die Reichsregierung das Blatt heimlich aufgekauft und aus öffentlichen Mitteln eine Zeitung das Defizit der Zeitung gedeckt. Als dieser Zustand nicht mehr aufrechterhalten war, gab das Reich das Blatt an ein Konsortium ab, an dem die großen Schiffahrtsgesellschaften, Berliner Großbanken und westdeutsche Industriezweige finanziell beteiligt waren.“

Aber auch dieses Konsortium hatte keine Reue, die Verluste dieses sozialistischen Unternehmens zu decken, und so suchte man schon seit dem letzten Frühjahr nach neuen Geldgebern. Vor etwa zwei Monaten kündigte dann der Eintritt einiger Schwerindustrieherren in den Aufsichtsrat der Norddeutschen Buchdruckerei- und Verlags-A.G., der die „D. A. Z.“ der Form nach gehört, an, daß die neuen Geldgeber gefunden seien: man vermutete sie in dem Lager der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie. Das mag auch bis zu einem gewissen Grade zutreffen haben.

Die wichtigste Geldquelle aber floß aus einer anderen Richtung. Es ist wenig beachtet worden, daß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ bereits am 1. April dieses Jahres ihr Heim und ihre Druckerei wechselte und in das Geschäftsgebäude der Wilhelm Grewe A.G. in der Ritterstraße 50 in Berlin überließ. Die Buchdruckerei Grewe ist seit langer Zeit bevorzugter Lieferant für die Druckaufträge der Reichsbahn-Gesellschaft, soweit sie nicht in der Reichsbahn auszuführen sind. Auf diesem Wege nun hat die Reichsbahn eine finanzielle Verbindung zwischen sich und der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ hergestellt, die sich insbesondere dahin auswirkt, daß die Reichsbahn an der Deckung des Defizits der „D. A. Z.“ nunmehr hervorragend beteiligt ist.“

Zu diesen Ausführungen wird von der Reichsbahn-Direktion mitgeteilt, daß die Buchdruckerei Grewe eine der ältesten Vertragsdruckereien der Reichsbahn sei. Die Reichsbahn habe keinen Anlaß gesehen, nach der Überlieferung der „D. A. Z.“ die Verträge mit der Firma Grewe zu kündigen. Daß die Reichsbahn ihre Aufträge vermehrt habe, nachdem die „D. A. Z.“ in dem Hause der Druckerei sei, entspreche nicht den Tatsachen.

Die Interparlamentarische Union

Die Erklärung der Rechte und Pflichten der Staaten.

Auf der Tagesordnung des heutigen letzten Volltagungs-tages der 25. Konferenz der Interparlamentarischen Union, steht „Die Erklärung der Rechte und Pflichten der Staaten“.

Wie der Präsident mitteilt, haben sich bisher 22 Redner zum Wort gemeldet. Zunächst nimmt der Berichterstatter des Ausschusses, Senator La Fontaine-Belgien das Wort. Er legt eine Entschließung vor, nach der u. a. für die Beziehungen zwischen Staaten dieselben Grundsätze von Recht und Moral wie für die Beziehungen zwischen Einzelpersonen gelten sollen. Alle Streitigkeiten zwischen Staaten, die nicht gütlich beigelegt werden können, müssen in einem gerichtlichen Verfahren (Schlichtung, Schiedsgericht oder Gerichtsverfahren) erledigt werden. Jeder Staat muß ein erganzendes Urteil in guten Treuen ausführen. Die Staaten haben nicht das Recht zur Selbsthilfe zu greifen. Jeder bewaffnete Angriff stellt ein Verbrechen dar. Die verantwortlichen Einzelpersonen werden nach internationalen Normen belangt. Ein mit bewaffneter Gewalt angegriffener Staat befindet sich in Notwehr; die Gesamtheit der übrigen Staaten ist verpflichtet, ihm beizustehen. Territoriale Verletzungen dürfen nur gemäß völkerrechtlicher Regeln und auf

Grund des frei zum Ausdruck gekommenen Willens der betroffenen Bevölkerung vorgenommen werden. Die Staaten sollen die Völker, die eine anders geartete Zivilisation haben und ihrem Schutze unterstellt sind, nicht für ihren eigenen Vorteil ausbeuten. Die Staaten sollen auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit zusammenwirken, besonders aber auf denen, die auf die Förderung des Gesamtwohls gerichtet sind.

Der Resolution, so betont der Berichterstatter, komme eine ganz außerordentliche Bedeutung zu. Es sei tieftraurig, daß jetzt, wo die neuen Staaten mit fremden Minderheiten sich gebildet haben, sie nichts mehr davon hören wollten, was sie früher verkostet haben, daß jedes Volk das Recht der Selbstbestimmung habe. Der Berichterstatter schlägt daher den Zusatz zu der Resolution vor: „Jedes Volk hat das unzerstörliche und unveräußerbare Recht, über sich selbst zu bestimmen.“

Von dem französischen Außenminister Briand ist aus Paris folgendes Telegramm eingegangen:

Tiefbewegt von der Botschaft, die Sie so freundlich waren, mir heute zuzuschreiben, mit und den Mitunterzeichnern des allgemeinen Paktes einer Verzichtleistung auf den Krieg, als ein Werkzeug der nationalen Politik dante ich Ihnen im Namen meiner Kollegen und in meinem eigenen Namen dafür, daß die Interparlamentarische Konferenz sich mit ihrem moralischen Einfluß einer Kundgebung beigesellt hat, welche ihre Kraft dem Gefühl entlehnt, daß alle Völker in wirksamer Weise für die Aufrechterhaltung des Friedens beitragen können. Mit großer Befriedigung nehme ich hiervon Kenntnis. Ich hoffe und beglückwünsche Sie dazu, daß die vollkommene Anwendung derjenigen Grundsätze zustande kommt, welche stets die Interparlamentarische Union geleitet haben.“

Die Verlesung des Telegramms wird von der Konferenz mit höchstem Beifall aufgenommen. Vorsitzender Fournier fügt hinzu: Wir teilen alle Briands aufrichtige Friedensliebe! (Erneuter Beifall.)

Als erster Redner in der Debatte über die Rechte und Pflichten der Staaten legt Professor Schücking-Deutschland einen Antrag vor, wonach in der Resolution gesagt werden soll, daß territoriale Veränderungen nur gemäß dem internationalen Recht stattfinden dürfen, daß Verträge für die Staaten Gesetz sein sollen und von ihnen genau eingehalten werden müssen, und daß ein Vertrag nur mit Zustimmung der beteiligten Staaten und gemäß dem internationalen Recht aufgehoben oder abgeändert werden kann.

Die Anträge zum Punkt „Erklärung der Rechte und Pflichten der Staaten“ wurde in sofortiger Schlussberatung angenommen. Der Zusatzantrag Renaudels Frankreich, wonach eine Mobilisierung nur nach vorheriger Bestätigung des Völkerbundes und des Landesparlaments beschlossen werden dürfte, wurde der Kommission überwiesen. Die Entschließung zum Schutze des parlamentarischen Regimes wurde mit 50 gegen 45 Stimmen angenommen. Bei der Neuwahl des interparlamentarischen Rates wurden als Vertreter Deutschlands Professor Dr. Schücking und Reichstagspräsident Lobe bestimmt.

Der Vorsitzende Professor Dr. Schücking hielt alsdann die Schlussansprache, mit der die 25. Tagung der Interparlamentarischen Union ihren Abschluß fand.

Der eucharistische Kongreß in Australien

Sydney, 28. August.

Die Behörden trafen besondere Vorkehrungen, um den 35 000 Besuchern des Eucharistischen Kongresses Unterkunft zu verschaffen. Die Besucher kommen bereits in großer Zahl an. Die päpstliche Abordnung unter Führung Kardinal Cerretti trifft am 30. d. M. ein. Die Funktion wird an diesem Tage eine von Cerretti verlesene kurze Botschaft des Papstes senden.

„Einfachung und Verdichtung möglichst bald in Angriff genommen und wo dies, wie dies bei der Justizverwaltung geschehen ist, kräftig gefördert wird. Sodann ist die Wirtschaft in ihren weit verzweigten Auswirkungen auf dem Gebiete der freiwilligen und streitigen Gerichtsbarkeit in solchem Maße auf die Justiz angewiesen, daß es ihr nicht gleichgültig sein kann, wie die Geschäftseinrichtung bei der Justizverwaltung ausgestaltet ist.“

Justiz und Wirtschaft werden durch diesen Band in vielen Beziehungen miteinander verbunden und verknüpft. So ist in der Tat das Buch ein Sammelband von Erfahrungen auf dem Gebiete der Reform geworden und bringt gleichzeitig die Wünsche und Erwartungen der Industrie und des Handels betreffend der Vereinfachung des Justizapparates prägnant zum Ausdruck. Außer der Schriftenreihe gibt das Divis noch Beiträge zur technischen Verwaltungsreform heraus.

Erleichtert werden die Reformbestrebungen bei den Behörden noch dadurch, daß möglichst viele Beamte mit den Gedankengängen der Rationalisierung sich vertraut machen. Um dies zu ermöglichen, veranstaltet das Divis Reichsamt für wirtschaftliche Verwaltung, in denen ein Ueberblick über den Stand der Büroreform und Bürotechnik gegeben wird. Somit wird das Verständnis für wirtschaftliche Arbeitsmethoden vermehrt und zur Fortentwicklung unseres Bürowesens angeregt. Die Kurse sind in Düsseldorf, Frankfurt a. M., Berlin, Jena, Hamburg und Leipzig, Trier und Magdeburg veranstaltet worden. Die Teilnehmerzahl belief sich zusammen auf rund 4500. In Düsseldorf war während des Kurses eine Büroausstellung, die von 629 Besuchern besichtigt wurde. Im September 1928 findet während der Internationalen Büroausstellung am Kaiserdamms ebenfalls ein Reichskursus statt. Neben diesem Reichskursus werden pädagogische Lehrgänge veranstaltet, deren Aufgabe darin besteht, einem bestimmten Kreis von Beamten die Wege und Ziele der Bürotechnik vor Augen zu führen, besonders für Beamte der Verkehrsbetriebe, wie Reichsbahn und Reichspost. Der Lehrgang wird in Verbindung mit der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft veranstaltet. Das Divis besitzt eine Musterausstellung, die ein neuzeitliches Behördenbüro darstellt. In dieser Ausstellung wird ein Ueberblick über die Arbeitsplätze, Registraturen, Kartellen, Buchungsmethoden, Büromaschinen, Büromöbel usw. gegeben. In Zusammenarbeit mit der Technisch-Wissenschaftlichen Lehrmittelszentrale stellt das Divis Lichtbildreihen auf, die zur Unterstützung bürotechnischer Vorträge ausgiebig werden. Als ganz besonders wertvoll und in Deutschland wohl einzig dastehend ist das *Beamtensprachbuch* und die Bibliographie der Beamtenwissenschaft und Verwaltungstechnik, die bis jetzt nicht weniger als 38 000 Karten umfaßt.

So zeigt das Ganze, daß das Institut eine notwendige Einrichtung ist, daß die Gründung einer solchen Stelle, die inmitten ihres Wirkungskreises das Neutralitätsprinzip gestellt hat, unbedingt erforderlich war. Hier findet der Beamte Anregung und Vertiefung für die in der Nachkriegszeit notwendig gewordene Rationalisierung. So ist das Divis ein Sammelband, ein Knotenpunkt von Erfahrungen aus der Praxis und für die Praxis. Es ist aber gleichzeitig eine Stätte tiefstehender, umspannender, wissenschaftlicher Arbeiten, die nicht nur den Beamten zugute kommen, sondern auch der Allgemeinheit.

Ein Volksentscheid in der Panzerkreuzerfrage?

Ausschluß der sozialistischen Reichsminister aus der SPD. gefordert.

Berlin, 29. August.

Die Kommunisten wollen die Panzerkreuzerfrage zum Gegenstand eines Volksentscheides machen. Der Antrag dazu, der beim Reichsminister des Inneren gestellt werden muß, ist für den heutigen Mittwoch angekündigt. Der Volksentscheid soll sich auf ein Gesetz beziehen, durch das der Bau von Panzerkreuzern und Kreuzern jeder Art verboten ist. Dem Volksentscheid voraus muß nach der Verfassung das Volksbegehren gehen, an dem sich ein Zehntel der Stimmberechtigten beteiligen müssen, mithin rund 4,1 Millionen Personen. Der Gesetzentwurf geht dann an den Reichstag, der ihn ohne Zweifel ablehnen wird, damit wäre dann der Weg zum Volksentscheid frei. Um den Volksentscheid selbst wirksam werden zu lassen, muß sich die Mehrheit der Stimmberechtigten an der Abstimmung beteiligen. Bei den Malwahlen betrug die Zahl der Wahlberechtigten rund 41,3 Mill. Sonach müßten sich an dem Volksentscheid mindestens 20,65 Mill. Stimmberechtigte beteiligen. Die Parteien, die den Bau des Panzerkreuzers ablehnen, erhielten bei der letzten Wahl insgesamt nur 13,83 Millionen Stimmen. Danach erscheint es ausgeschlossen, daß der Volksentscheid irgendwelchen Erfolg haben kann.

In Sachen treibt die Sache gegen den Panzerkreuzer-Beschluß immer noch neue Blüten. Eine sozialistische Parteiversammlung in Plauen i. V. hat bereits beim Parteivorstand den Antrag gestellt, die Genossen Müller, Hilferding, Seering und Wiffel wegen parteischädigenden Verhaltens aus der Partei auszuschließen. Sofern der Parteivorstand diesem Antrag bis zum nächsten Parteitag nicht nachkommen sein sollte, wird die Vorlegung des Antrages zur Entscheidung eines Parteitag gefordert. Dieser Ausschlußantrag ist wohl der Höhepunkt, den die bisherige Oppositionspolitik der linkslichen Sozialisten gegenüber der Berliner Parteileitung erreicht hat.

Wieder ein ostpreussischer Landjäger erschossen

Königsberg (O.-Pr.), 28. August.

Nach einer bei der hiesigen Kriminalpolizei eingegangenen Meldung ist heute morgen gegen 5.25 Uhr der Oberlandjäger Ruzerow auf der Landstraße bei Gutenfeld im Chausseegraben erschossen und beraubt aufgefunden worden. Man vermutet, daß auch dieser Mord von demselben Unbekannten begangen worden ist, der auf dem Tappauer Bahnhof in der Nacht zum Sonntag den Reichsbahnassistenten Berg erschossen und in der letzten Zeit wiederholt Raubüberfälle in der Umgebung von Königsberg verübt hat.

Frühe

Ein at... wird an S... 18. Jahrhun... nische Reich... male läßt u... Güte muß... wiederholen... Die größeres... da gab es ei... Land, und 1... 12 Quadratm... bis 2 Qu... Untertanen... Wären e... mengegezogen... können. So... für die eige... Jeder von i... bewußtsein... ihnen wollte... man ja sein... Vorbilder zu... zahlreichem... nehmer Beh... heer, bestra... verschwende... seitens konnt... Der So... sonderer So... Ministerien... Abgeordnete... gen Exzellen... könnte man... um diese bei... man dann a... größeren Teil... Ziel zugleich... Angelegenhe... den Geheimni... zu appellieren... da galt es e... größte und... zum Beispiel... Tätigkeit tre... Jügel, die a... Das üb... Soldaten... Fürsten von... Abzug aus... Ihre Zahl... fattere, A... Soldaten mo... pfaß hielt... paar Fräule... wurden. W... ten die Sol... Arbeiter an... nicht die P... zu Fuß u... attade kräfti... Man la... aus solchen... dadurch zum... Uniform un... pflegung un... und wohin... einem Reich... nerale, die a... seit im pass... Was un... Untertanen

Wir wa... Main entge... innern an d... W i l r z u r... Lore. Am... Wahzeichen... über seine... Kilian den... ihm getauft... heidnischen... lassen. Wie... Weibes zum... der Franken... apostels und... Neumünster... 11. Jahrhun... rotum Sand... fügt. Ein D... großen Min... innerung; je... Kreuzgang b... bare Werte... Dolchhüter... naßme am f... Rate ausgef... frische steht... die drei Fr... mio hat er... Niemenshne... manches Kun... seiner Reife... und seiner... des Hamberg